



Pressespiegel zur Asylpolitik vom 01. November 2016

Erstellt von Mark Gärtner
gaertner@sprev.de

Geschehenes – Kurzmeldungen:

Blick nach Europa und die Welt

- In diesem Jahr sind mehr als 3.700 Menschen im Mittelmeer auf der Flucht ertrunken, das sind mehr Menschen als im gesamten Jahr 2015. Während letztes Jahr 729.000 Menschen übersetzten, waren es in diesem Jahr bisher 333.000, die Wahrscheinlichkeit, auf der Überfahrt zu sterben hat sich damit mehr als verdoppelt. Die Zahlen berufen sich auf Angaben der Internationalen Organisation für Migration.
<http://www.n-tv.de/ticker/Helfer-2016-fast-4-000-Migranten-gestorben-article18981151.html>
(01.11.16)
- 400 Fliehende versuchen die Sperranlagen der spanischen Exklave Ceuta zu stürmen, 220 gelingt es. Sie gelangten so von Marokko nach Spanien. Ihre Asylanträge werden geprüft.
<http://www.spiegel.de/politik/ausland/ceuta-220-fluechtlinge-stuermen-sechs-meter-hohen-grenzzaun-a-1119113.html> (01.11.16)
- 6.000 Menschen wurden aus dem Lager in Calais durch Sicherheitskräfte gebracht, 2.000 verbleiben und gründen vereinzelte, neue Lager. Auch im Norden von Paris tauchen nach der Räumung plötzlich Zelte auf. Schätzungsweise zwei Drittel der Fliehenden fallen unter die Dublin-Regelungen, sie wurden also in einem anderen EU-Land registriert, das Asylverfahren müssten sie dort durchlaufen. Die französische Regierung plant aber, Dublin nicht durchzuführen.
Kommentar von Jürgen König im *Deutschlandfunk*: http://www.deutschlandfunk.de/dschungel-von-calais-ein-armutszeugnis-fuer-ganz-europa.720.de.html?dram:article_id=369980 (30.10.16)
- Die australische Regierung plant, die Gesetzgebung zu Geflüchteten weiter zu verschärfen. All diejenigen, die versuchten, Australien auf dem Seeweg zu erreichen, dürfen nie wieder in ihrem Leben ein Visum erhalten. Menschen, die nach Australien fliehen, werden in der Regel von der Marine abgefangen und auf die Inseln Manus und Nauru verfrachtet. Dort herrschen, wie NGOs berichten, grauenvolle Zustände. Die australische Regierung plant offenbar Drittstaatenabkommen, mit denen die Geflüchteten auf andere Staaten verteilt werden. Als potentielle Staatsbürger*innen könnten sie dann doch noch Australien gelangen. Dass die Regierung dies unbedingt verhindern will, zeigt die Ablehnung des neuseeländischen Angebots aus dem Jahr 2013, einen Teil der Geflüchteten auf den Inseln aufzunehmen. Wegen eines Freizügigkeitsabkommens zwischen beiden Ländern lehnte Australien ab.
<http://www.nzz.ch/international/asien-und-pazifik/weitere-strafe-fuer-bootsfluechtlinge-australien-haut-drauf-ld.125369> (31.10.16)

- In der Türkei wurden am Montag 13 Mitarbeiter*innen, darunter der Chefredakteur Murat Sabuncu, der Zeitung *Cumhuriyet* verhaftet. Auch unter Druck berichtete das Blatt weiter kritisch über Staatspräsident Recep Tayyip Erdogan und seine Regierung. Erdogan persönlich hatte Strafanzeige wegen Spionage und dem Verrat von Staatsgeheimnissen angeordnet. Die Vorwürfe erscheinen konstruiert, der ebenso verhaftete Journalist Hikmet Cetinkaya hatte vor mehreren Jahren zur Gülen-Bewegung recherchiert und veröffentlicht, jetzt wird ihm vorgeworfen, mit ihr zu sympathisieren. Dem früheren Chefredakteur Can Dündar gelang nach dem gescheiterten Putschversuch die Flucht nach Deutschland. Kritik kommt aus der EU und den USA, die deutsche Regierung unterlässt bisher ähnlich deutliche Positionierungen.
<http://www.zeit.de/politik/ausland/2016-10/tuerkische-medien-cumhuriyet-chefredakteur-festnahme>
 (31.10.16)
<http://www.spiegel.de/politik/ausland/tuerkei-regierung-laesst-kritik-an-cumhuriyet-festnahmen-kalt-a-1119222.html> (01.11.16)

Bund, Land, Kommune

- Trotz dass das Asylrecht für sie verschärft wurde, wurde der hiesige Arbeitsmarkt für Menschen aus dem Westbalkan geöffnet. In der Praxis bleibt davon nicht viel übrig. Selbst Menschen mit gefragten Berufen erhalten trotz vorliegender Dokumente, Arbeitsvertrags und Bürgschaften keine Arbeitserlaubnis und damit einen Aufenthalt, die Wartezeiten in den Botschaften auf dem Westbalkan dauern bis zu dreieinhalb Monaten.
<http://www.spiegel.de/wirtschaft/soziales/balkan-arbeitskraefte-bekommen-kein-visum-trotz-arbeitsvertrag-a-1117323.html> (26.10.16)
- In den kommenden sechs Monaten wird eine vierköpfige „Task-Force“ in Sachsen-Anhalt untersuchen, warum Geflüchtete, deren Asylantrag abgelehnt wurde, noch im Land sind. Dies hat die dortige Landesregierung beschlossen. Ab Dezember sollen dann 15 Mitarbeiter*innen das „Abschiebe-Management“ des Bundeslands durchführen.
<http://www.mdr.de/sachsen-anhalt/landespolitik/taskforce-abschiebungen-gegruendet-100.html>
 (01.11.16)

Hintergrund und Meinung

- Unter dem Titel „Europe Wishes to Inform You That the Refugee Crisis Is Over“ rekonstruiert James Traub von *Foreign Policy*, wie die Staats- und Regierungschefs der EU-Mitgliedsstaaten Berichte und Analysen über die bevorstehende Zahl nach Europa Fliehender ignorierten. Die Möglichkeit, vor allem das Dublin-System zu reformieren, ließen sie verstreichen. Als dann die Fliehenden kamen, reagierten die EU-Mitgliedsstaaten nicht als EU, sondern als Nationalstaaten. Denn aus Sicht der Staats- und Regierungschefs war das Ankommen der Fliehenden eine Krise der Grenzen und damit der Staatssouveränität. Eine Ausnahme seien hier anfangs Deutschland und Österreich gewesen. Mit dem EU-Türkei-Deal und dem Schließen der mazedonischen Grenze sei diese politische Krise gelöst worden. Die humanitäre Krise aber halte nach wie vor an, denn die Fliehenden hätten gelernt, dass Europa zu erreichen kein hoffungsloser Traum sei sondern ein gefährliches Unternehmen dessen Risiko es wert sei.
 Das Leid auf den griechischen und italienischen Inseln hätte nach Ansicht Traubs verhindert werden können wenn die EU sich nicht nur auf die politische Lösung des Grenzen Schließens beschränkt hätte. Mehr Unterstützung für Griechenland und Italien durch die EU wären ein Anfang. Flucht und Migration sind darüber hinaus globale Probleme, es benötige eine globale Kraftanstrengung sowie Kontingente Geflüchteter und Fliehender, die weltweit verteilt werden sollten. Das Problem sei lediglich der politische Wille. Doch werde Europa in jedem Fall „less white, less Christian, and less homogenous.“ Denn: „The barometric

pressure of a poor and growing [demographisch] continent next to a rich and shrinking one cannot be sustained forever.“ Europa müsse eine Sprache finden, die dieser Realität gerecht werde.

<http://foreignpolicy.com/2016/10/18/europe-wishes-to-inform-you-that-the-refugee-crisis-is-over/>
(18.10.16)

- Die politische Theoretikerin Judith Butler spricht im Interview mit Michael Hesse von der *Frankfurter Rundschau* über Versammlungen. Sie sieht sie als Legitimation, nicht als Korrektiv parlamentarischer Demokratie an, ihr körperliches Auftreten im öffentlichen Raum allein ist eine politische Handlung. Den Begriff des „Volkes“ (im Englischen „the people“; universale, nicht ethnische Begriffsgeschichte) sieht sie als offen an. Auch Staatenlose und/oder Geflüchtete als aus der öffentlichen Sphäre Ausgeschlossene könnten den öffentlichen Raum für sich beanspruchen, ihr Recht auf Erscheinen sei sogar am stärksten.
<http://www.fr-online.de/kultur/judith-butler-im-interview--wer-das-volk-ist--ist-immerwaehrend-offen-,1472786,34893902.html> (28.10.16, 0,40€ bei LaterPay)
- Im Artikel der *Zeit* wird die Frage beleuchtet, warum es so wenige Fachanwält*innen für Migrations- und Asylrecht gibt. Dies liegt einmal daran, dass die Bundesanwaltskammer diesen Titel erst letztes Jahr zugelassen hat, aber auch die Aussichten auf Verdienst eher gering sind. Im Jura-Studium komme zudem das Ausländer- und Asylrecht zu kurz, der politische Wille nach rechtlich gut vertretenen Asylsuchenden sei eher gering gewesen. Die Lücke würden zunehmend die Law-Clinics an den Universitäten füllen.
<http://www.zeit.de/karriere/2016-09/rechtsberatung-fuer-fluechtlinge-migrationsrecht-anwaelte-deutschland-asyl> (27.10.16)
- In einer Reportage begleitet Kaveh Rostamkhani von *IRIN – The Inside Story on Emergencies* den Geflüchteten Rohullah Qaderi im sächsischen Altenberg. Anhand seiner Geschichte zeigt sich, wie unsicher Afghanistan immer noch ist. Das Abkommen der EU mit dem Land ignoriere die Situation, außerdem zahle die EU Milliarden an eine korrupte Regierung, das Geld komme nicht bei der Bevölkerung an. Das Abkommen habe lediglich den Zweck, die Menschen in Afghanistan vom Fliehen abzuhalten sowie, gemeinsam mit sinkenden Anerkennungsquoten, die Menschen in Deutschland glauben zu lassen, Afghanistan sei sicher.
<http://www.irinnews.org/news/2016/10/25/afghans-germany-face-rejection-and-deportation>
(25.10.16)
- Eine weitere Reportage vom *Freitag*, geschrieben von Arlette-Louise Ndakoze, berichtet über die Geschichte der Familie von Sami Bekir und Azbije Kamberovik. Der SFR hatte ihren Fall nach der Trennung der Familie durch die Abschiebung von Azbije und dreier ihrer Kinder begleitet. Der Abschiebung im Mai voraus gingen Jahre die geprägt waren von Staatenlosigkeit mit all ihren Konsequenzen, Flucht innerhalb des Balkans, Verfolgung und einem Anschlag. Es folgten Diskriminierungen und Erniedrigungen in Deutschland. Momentan prüft die Landesdirektion Sachsen die Anträge auf ein dauerhaftes Bleiberecht.
<https://www.freitag.de/autoren/der-freitag/als-tito-lebte-hatten-wir-noch-rechte> (erschieden in Ausgabe 41/16)
- *Ze.tt (Die Zeit)* beantwortet einige grundlegende Fragen zum Asylrecht.
<http://ze.tt/ausweisung-oder-abschiebung-dinge-die-du-vielleicht-noch-nicht-ueber-das-asylrecht-wusstest/> (27.10.16)

Der Pressespiegel wird herausgegeben von:

Sächsischer Flüchtlingsrat e.V.
Dammweg 5
01097 Dresden
E-Mail: info@saechsischerfluechtlingsrat.de

Refugee Law Clinic Leipzig
Burgstraße 27
04109 Leipzig
Email: refugeelawclinic@uni-leipzig.de

Der Sächsische Flüchtlingsrat e.V. wird gefördert durch:

PRO ASYL
FÖRDERVEREIN PRO ASYL E.V.

Leben retten – Rechte schützen



UNO-Flüchtlingshilfe